

Freiheit heißt Verantwortung

von Dr. Guido Westerwelle

anlässlich der Klausur des FDP-Bundesvorstands

am 27./28. Juni 2010

Freiheit heißt Verantwortung

- die FDP als Programmpartei in der Regierung -

I.

Die Bundestagswahl hat für die FDP nicht nur ein Rekordergebnis gebracht, sondern auch Rekorderwartungen unserer Wählerinnen und Wähler, Mitglieder - und der Bürgerinnen und Bürger insgesamt.

Unsere Koalition hat eine klare Mehrheit und einen klaren Regierungsauftrag. Diesen Auftrag hat die Koalition zu Beginn der Legislaturperiode in mehrfacher Hinsicht zu zögerlich, zu oft zerstritten, und auch in Punkten, bei denen wir uns einig waren, lange Zeit zu wenig überzeugend angenommen. Die Politik in Deutschland hat insgesamt allen Grund ihre Rituale und ihren Umgangston auf den Prüfstand zu stellen. Aber die FDP ist deshalb stärker vom allgemeinen Unbehagen der Menschen betroffen, weil wir bis zur Bundestagswahl mit unserer Klarheit und Geschlossenheit besondere Erwartungen und Hoffnung aufgebaut hatten.

Wir Freien Demokraten haben den funktionärischen Beharrungswillen und die massive Kritik unterschätzt. Wir haben nach der Wahl bestehende Partei- und Personalstrukturen aufgelöst und nicht schnell genug neu besetzt. Der Koalitionsvertrag ist thematisch umfassend, hat aber nicht immer die verbindliche Kraft entfaltet, die eine Koalition als gemeinsame Grundlage braucht. Die zu zögerliche Herangehensweise an wichtige Projekte der Koalition im Vorfeld der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat uns geschadet. Wir waren auf Demonstrationen von politischen Gegnern eingestellt, aber nicht

auf diese Widerstände innerhalb der Koalition. Und unser Immunsystem gegen alte und neue Vorurteile hat nicht so funktioniert, wie es hätte funktionieren müssen. Das haben wir unterschätzt. Wir sind entschlossen, aus den Erfahrungen der ersten Monate zu lernen. Wir wollen neues Vertrauen und neue Glaubwürdigkeit uns erarbeiten.

Wir wollten eine starke FDP für mehr Freiheit und mehr Chancengerechtigkeit in Deutschland. Wir haben dafür viel Vorzeigbares geleistet, aber zu wenig davon vermitteln können. Wir haben zugelassen, dass diese Politik zu sehr wie Stückwerk auf die Menschen wirkt. Wir haben nicht ausreichend deutlich gemacht, welcher Vision und welchem Leitbild unsere Politik für die liberale Bürgergesellschaft folgen will.

Zum Beispiel haben wir mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ zum Jahresanfang dazu beigetragen, die Menschen in Deutschland um insgesamt über 22 Mrd. Euro zu entlasten. Wir haben das Kindergeld und die Kinderfreibeträge erhöht, das Schonvermögen für Hartz IV – Empfänger verdreifacht, Wachstumshemmnisse für den Mittelstand abgebaut und das Erbschaftssteuerrecht für Familien- und Familienunternehmen gerecht gestaltet. Ein Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt, dass diese Maßnahmen erste positive Entwicklungen in Deutschland entfaltet haben. Aber wir haben zugleich zugelassen, dass nur eine einzige Maßnahme davon öffentlich für Aufsehen gesorgt hat. Wir müssen mit unserer praktischen Politik stärker in die Offensive kommen.

Wenn es in der Koalition hakt, bringt es uns nicht weiter, die Differenzen zu betonen oder Schuldige zu suchen; stattdessen müssen wir stärker die Gemeinsamkeiten nach vorne stellen. Wenn

wir vor Sachfragen stehen, sollten wir die Bereitschaft zu gemeinsamen Beschlüssen nicht weniger ernst nehmen als die Betonung der eigenen Ziele. Vor allem aber wollen wir künftig das, was wir tun, und auch das, was wir noch nicht schaffen können, besser in der Öffentlichkeit begründen. Das inhaltliche „Warum“ gehört wieder mehr in den Mittelpunkt unserer Politik und unserer Kommunikation. Wie vor der Wahl, müssen wir wieder lernen, nicht die Probleme der Politik, sondern die Probleme der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir arbeiten für den Erfolg dieser Koalition, weil wir das unseren Wählerinnen und Wählern und unserem Land schulden.

Mit unserer Politik wenden wir uns an alle in der Gesellschaft, weil wir wissen, dass liberale Politik gut ist für alle Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland. Bei der Bundestagswahl haben wir quer durch alle Bevölkerungs- und Altersgruppen große Zugewinne erreicht. Wir haben unseren Wahlkampf als Anwalt der vergessenen Mitte geführt. Das bleibt weiter unser politisches Ziel, von dem wir uns nicht ablenken lassen dürfen. Wir haben mit fünf Schwerpunktthemen unseren Wahlkampf geführt:

- „Arbeit muss sich wieder lohnen“. Das bedeutet, dass die kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden, dass das Wirtschaftswachstum angeregt wird und reguläre Arbeit attraktiver sein muss als die Abhängigkeit von Sozialtransfers
- „Bürgerrechte stärken“. Das bedeutet: Privat vor Staat, Schutz der Privatsphäre und Einsatz für eine tolerante, weltoffene Gesellschaft

- „Bildung ist Bürgerrecht“. Das bedeutet, dass Investitionen in Bildung, Ausbildung und Forschung auch in Zeiten knapper Kassen Vorrang haben und Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf.
- Für eine rationale Umweltpolitik. Das bedeutet, dass wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen wollen. Aber aus ökonomischen und ökologischen Gründen brauchen wir zugleich noch Brückentechnologien.
- Liberale Außenpolitik. Das bedeutet, dass wir eine Außenpolitik brauchen, die das gemeinsame Europa stärkt, Abrüstungsinitiativen ergreift, Menschenrechte verteidigt und internationale Verantwortung übernimmt.

Und wir haben geworben – auch auf unseren Plakaten – mit unserem Kompetenzteam. Wir waren keine Ein-Themen-Partei und wir waren keine Ein-Personen-Partei. Wir sind es heute nicht und werden es auch in Zukunft nicht sein. Wir dürfen uns dies auch nicht einreden lassen.

Unsere Regierungsbildung war nicht das Ende des Kampfes für einen Politikwechsel, sondern der Anfang. Wir wollen diesem Anspruch auf Vertrauen und Glaubwürdigkeit wieder besser gerecht werden – für uns selbst, für die Koalition aber vor allem für Deutschland insgesamt. Die FDP bekennt sich nicht nur nachdrücklich zum Schwarz-Gelben-Projekt, sie will es endlich besser erkennbar machen – gemeinsam mit CDU/CSU.

Aus unserem inhaltlichen Kompass leiten wir unseren Gestaltungsanspruch für den Politikwechsel ab: Wenn wir von der Entlastung der Mitte, der kleineren- und mittleren Einkommen und der

Familien sprechen, dann meinen wir damit auch Steuerentlastungen als Mittel zum Zweck. Aber genauso meinen wir damit eine gründliche Steuervereinfachung und Abbau von Bürokratie für alle. Wir meinen damit eine Erhöhung des so genannten „Schonvermögens“, weil das vielen Menschen im Alter das Leben erleichtert. Genauso meinen wir damit, dass Kinder von ALG-II-Beziehern das Geld aus ihren Ferienjobs behalten dürfen, weil auch das eine Frage der Leistungsgerechtigkeit ist. Unser Entlastungsbegriff ist umfassend – wir wollen weniger Belastungen und weniger Belästigungen für alle Menschen, die sich in Deutschland anstrengen und für sich und ihre Familien sorgen wollen. Unsere Politik vertritt nicht die Interessen einiger Weniger, sondern ist richtig für die gesamte Bevölkerung. Wenn Vorwürfe erhoben werden, dass unsere Partei Partikularinteressen vertritt, dann müssen wir diesen gemeinschaftlich entgegentreten. Der Grundsatz „Arbeit muss sich wieder lohnen“ ist die Voraussetzung für Wohlstand für alle.

Im Interesse der Nachhaltigkeit müssen wir darauf achten, dass die Staatsverschuldung nicht auf einen unkontrollierbaren Pfad gerät.

Das gilt zuerst für Deutschland: Die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein wesentlicher Beitrag zur Generationengerechtigkeit und vergrößert gleichzeitig die Spielräume für zukünftige Entlastungen. Wenn jetzt aufgrund der guten Wirtschaftsentwicklung weniger Schulden gemacht werden müssen, ist dies weder Grund noch Anlass vom vereinbarten Konsolidierungskurs abzugehen. Das Sparpaket ist richtig, weil die Verursacher der Krise beteiligt werden, der Sozialstaat treffsicherer wird und der Staat bei sich selbst und seinen Ausgaben spart.

Das gilt aber genauso für die EU insgesamt: Die Koalition hat sich der enormen Herausforderung durch die Griechenland-Krise und die Bedrohung des gesamten Euroraums gestellt und eine direkte Gefährdung unserer Währung durch den Rettungsschirm abgewendet, und zwar ohne Unterstützung der Opposition. Jetzt müssen wir notwendige Reformen der EU anstoßen und umsetzen, die mit der unmittelbaren europäischen Gefahrenabwehr unabdingbar zusammengehören. Es ist wichtig, eine effiziente Einrichtung einer europäischen Finanzmarktregulierung und -kontrolle herbeizuführen, damit neue Spekulationswellen gegen den Euro abgewendet werden können. Eine solche Welle konnte nur dadurch Schaden anrichten, weil viele nationale Haushalte aus dem Ruder gelaufen sind. Deshalb geht es jetzt darum, die rechtliche und praktische Haushaltsstabilität nicht nur in Deutschland, sondern in der EU weiter voranzutreiben. Wir wollen nicht nur unsere gemeinsame Währung schützen, sondern die europäische Idee. Wir sind und bleiben die Europapartei.

Aufgabe unserer Politik ist es, die Mitte der Gesellschaft zusammenzuhalten und neue Aufstiegschancen zu schaffen. Deshalb setzen wir auf Bildung, Forschung und Innovation – ohne Abstriche, sondern mit zusätzlichen Mitteln. Auch das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und der Nachhaltigkeit unserer Politik für Deutschland.

II.

Vieles von dem, was wir vor uns haben, kommt einer Herkulesaufgabe gleich und braucht Jahre. Aber wir sollten auch erkennen: Die Lage des Landes ist besser als das derzeitige Ansehen der Koalition. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist sehr positiv. In Ostdeutschland liegt die Arbeitslosigkeit schon heute nur knapp 170.000 über dem historischen Tiefstand im Januar 1991. Die Nachfrage nach Kurzarbeit wird in Gesamtdeutschland bis Dezember 2010 voraussichtlich von 700.000 auf 100.000 sinken. Bis Ende 2011 wird ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 600.000 erwartet. Zum ersten Mal seit 1992 könnte damit wieder ein Jahresdurchschnitt von unter 3 Millionen Arbeitslosen erreicht werden. Die Konjunktur zieht an und der Export boomt. Die Steuereinnahmen steigen. Deutschland geht den Weg aus der Krise erfolgreich – auch dank der Politik der Koalition. Wir haben alle Chancen, Politik für Deutschland erfolgreich zu gestalten. Es ist unsere Aufgabe, unsere Erfolge und Erfolgsaussichten offensiv zu vertreten.

Diese Koalition hat die Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge beschlossen. Eine ganz normale vierköpfige Familie hat dadurch netto jetzt pro Jahr mindestens 480 Euro mehr in der Tasche. Das war ein Kernanliegen der FDP.

Diese Koalition hat die Erbschaftssteuer familienfreundlicher gemacht. Geschwister, Nichten und Neffen werden nun im Erbfall nicht mehr wie Fremde behandelt und Familienbetrieben wird der Übergang wirtschaftlich ermöglicht. Das hat die FDP bewirkt.

Diese Koalition hat sich für eine klare Ordnungspolitik entschieden. Wir haben wettbewerbsverzerrende Subventionen in der Automobilbranche auch gegen erheblichen Widerstand unserer Partner verhindert. Ohne die FDP wäre diese Entscheidung komplett anders ausgefallen.

Diese Koalition hat sich mit dem Sparpaket auch dazu entschieden, Sondermaßnahmen der Konjunkturpakete zurück zu führen. Die FDP hat einen wichtigen Anteil daran.

Diese Koalition hat trotz Schuldenbremse Investitionen in Bildung und Forschung auch im Haushalt klare Priorität gegeben. Das ist das Anliegen der FDP.

Diese Koalition hat in der Krise einen Schutzschirm für Arbeitnehmer gespannt. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen wurden stabilisiert und Arbeitsplätze erhalten. Die FDP stärkt damit den sozialen Zusammenhalt.

Diese Koalition hat Fehler der letzten Regierungen in der Unternehmenssteuerreform beseitigt und damit den Mittelstand gestärkt. Die FDP hat sich damit durchgesetzt.

Diese Koalition löst Wachstumsbremsen. Durch bessere Abschreibungsmöglichkeiten bei geringwertigen Wirtschaftsgütern können gerade die kleinen und mittleren Unternehmen kraftvoller investieren. Das ist die Mittelstandspolitik der FDP.

Die Koalition stärkt den Grundsatz „Fördern und Fordern“ in der Arbeitsmarktpolitik. Künftig soll jedem Arbeitslosen bis 25 Jahren innerhalb von sechs Wochen ein verpflichtendes Angebot zu Arbeit, Ausbildung oder Beschäftigung gemacht werden. Die FDP verfolgt hier eine klare Linie.

Diese Koalition hat das Arzneimittelsparpaket geschnürt. Damit leistet auch die Industrie einen Beitrag zu einer bezahlbaren Gesundheitsversorgung. Die FDP steht damit für eine faire Lastenverteilung.

Diese Koalition hat gemeinsam mit unseren Europaabgeordneten das alte SWIFT-Abkommen verhindert und sich für das neue SWIFT-Abkommen der EU eingesetzt, das die Rechte der Bürger stärkt und den Datenschutz verbessert. Die FDP hat hier ihren klaren Kompass bewiesen.

Diese Koalition steht für Toleranz gegenüber unterschiedlichen Entwürfen des Zusammenlebens. Deshalb haben wir eingetragene Lebenspartnerschaften im Erbschafts-, Schenkungs- und Grunderwerbssteuerrecht gleich gestellt. Die FDP hält ihr Wort.

Diese Koalition hat die Verkürzung des Wehr- und Ersatzdienstes beschlossen. Junge Männer müssen jetzt nur noch sechs statt neun Monate Dienst leisten. Die FDP hat hier starke Widerstände überwunden.

Diese Koalition setzt neue Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit und vergrößert ihre Effizienz durch eine Organisationsreform. Die FDP setzt um, was wir vereinbart haben.

Diese Koalition hat zum ersten Mal ein umfassendes Afghanistan-Konzept beschlossen. Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir für unsere Soldatinnen und Soldaten eine konkrete Abzugsperspektive erarbeiten. Die FDP weiß um ihre Verantwortung.

Diese Koalition setzt sich bei unseren Partnern und Verbündeten in der Welt für neue Abrüstungsinitiativen ein. Wir hatten unseren Anteil am Erfolg der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag, nachdem diese vor 5 Jahren noch gescheitert war. Zum ersten Mal wird die Vision von „Nuclear Zero“ in einem solchen weltweiten Dokument erwähnt. Die FDP denkt über den Tag hinaus.

Mit diesen und anderen Beschlüssen hat die Koalition bereits jetzt mehr als die Hälfte der Forderungen des FDP-Wahlaufrufes zur Bundestagswahl 2009 ganz oder teilweise umgesetzt.

Wir haben uns gemeinsam viel vorgenommen, um die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Der nächste konkrete Schritt ist die Umsetzung des Sparpaketes laut den vom Kabinett beschlossenen Eckpunkten. Wir arbeiten für die Konsolidierung des Haushaltes, für die langfristige Sicherung des Wohlstands unseres Landes und für die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft.

Wir setzen in zahlreichen Politikbereichen auf Zukunftsgestaltung statt Gegenwartsverwaltung, damit Deutschland Stück für Stück weg kommt von Reparaturgesetzen hin zu echten Strukturveränderungen. Wir entwickeln zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein umfassendes Energiekonzept, das nach dem Sommer fertig sein wird.

Wir arbeiten in einer Kommission daran, dass die Kommunal финанzen eine dauerhaft solide neue Grundlage erhalten. Wir kämpfen dafür, dass die Gesundheitsversorgung auch in Zukunft verlässlich und bezahlbar bleibt. Wir haben eine Reform der Bundeswehrstrukturen angestoßen. Das alles sind aktuelle Beispiele für große Vorhaben, die wir auf den Weg gebracht haben und die Deutschland über den Tag hinaus verändern werden.

III.

Innen- und Außenpolitik sind immer enger verzahnt. Nur ein wirtschaftlich starkes Land kann sein Gewicht wirksam in die Waagschale internationaler Politik einbringen. Gleichzeitig ist Außenpolitik gefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen in Deutschland so leben können, wie sie leben möchten, und sich europäische Lebensmodelle in der Welt behaupten.

Liberaler Außenpolitik zielt darauf,

- das Kooperations- und Integrationsmodell Europa zu stärken
- durch Initiativen zur Abrüstung und Nichtverbreitung und durch Einsatz für regionale Stabilität einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit zu leisten
- die politischen, ideellen und wirtschaftlichen Chancen der Globalisierung zu nutzen

In der Europapolitik wollen wir das Zusammenwachsen Europas Richtung Osten vollenden. Der mit den Antrittsbesuchen in vielen osteuropäischen Ländern gesetzte Akzent muss weiter fortgesetzt werden. Das Weimarer Dreieck ist erfolgreich wiederbelebt worden und entwickelt sich zu einem Impulsgeber der europäischen Politik.

Gleichzeitig wollen wir den Interessenausgleich der Mitgliedsstaaten unabhängig von ihrer Größe gewährleisten. Deutschland kommt als größtem Mitgliedsland eine besondere Verantwortung zu, die Interessen aller Mitgliedsstaaten im Blick zu behalten.

Wir wollen die Europäische Union als schlagkräftigen globalen Akteur formen. Deutschland hat sich in der Debatte um den Europäischen Auswärtigen Dienst stets auf die Seite der Hohen Vertreterin gestellt, um ihr ein funktionsfähiges Instrument an die Hand zu geben. Nur mit einem starken Dienst kann eine europäische Außenpolitik aus einem Guss gelingen.

Es ist notwendig, den Euro über die Krise hinaus denken. Deutsche Europapolitik setzt sich dafür ein, die Stabilität des Euro auch in Zukunft zu sichern und Europa als Solidar- wie als Verantwortungsgemeinschaft zu stärken. Wir haben Vorschläge gemacht, wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder unsere Versicherung werden kann, gar nicht erst in eine solche Verschuldungskrise zu geraten.

Wir setzen uns nachhaltig für Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Welt ein. Abrüstung ist endlich wieder als Zukunftsthema der internationalen Politik anerkannt. Zu Recht, denn die nuklearen Gefahren sind seit dem Ende des Kalten Kriegs durch die Verbreitung von Waffen- und Raketentechnologien deutlich gestiegen. Daher verfolgt die Bundesregierung das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt. Auf diesem Weg unterstützen wir die Abrüstungsbemühungen der USA und Russlands, unter Einschluss der taktischen Nuklearwaffen. Gleichzeitig wird Deutschland im neuen Strategischen Konzept der NATO deutsche Grundanliegen verankern. Dabei geht es insbesondere um ein neues Verhältnis von kollektiver Verteidigung

und globalen Kriseneinsätzen, um eine Neubestimmung der erweiterten Abschreckung und nuklearen Abrüstung sowie konventionellen Rüstungskontrolle, um die Schaffung einer vertrauensvollen Sicherheitspartnerschaft mit Russland.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik setzt sich außerdem aktiv für regionale Stabilität ein, wo diese Europas Sicherheit berührt: im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan und im Nuklearstreit mit dem Iran.

Wir werden für Deutschland die Globalisierungschancen nutzen. Deutsche Außenpolitik setzt zur Gestaltung der Globalisierung auf Elemente eines ordnenden Multilateralismus. Unsere Schwerpunktsetzung Lateinamerika, das Engagement für und in Afrika oder die Zusammenarbeit mit Partnern wie der Türkei, ist Teil einer Strategie, aufstrebende Staaten stärker einzubinden. Die Strategie der Neuen Partnerschaften ergänzt den Ausbau der Beziehungen zu den traditionellen großen Mächten jenseits Europas, zuallererst zu den USA. Neue Lateinamerika- und Afrikakonzepte werden in Kürze verabschiedet.

In der Gestaltung seiner Beziehungen ist deutsche Außenpolitik werteorientiert und interessengeleitet. Unsere Menschenrechtspolitik mit ihrem Kern universeller Grundrechte ist nicht verhandelbar. Aber sie steht auch nicht im Widerspruch zur außenpolitischen Förderung deutscher wirtschaftlicher Interessen in der Globalisierung. Liberale Außenpolitik versteht die Stärkung wirtschaftlicher Verflechtung als Chance, Win-Win-Situationen zu schaffen. Ziel ist es, die Teilhabe Aller an der Globalisierung zu ermöglichen.

Dass mehr als ein Viertel des Haushalts des Auswärtigen Amtes für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, die Sprachförderung und die Wissenschaftspolitik ausgegeben wird, unterstreicht unsere

Überzeugung, dass Wissen die entscheidende Ressource unserer modernen Welt ist. Langfristig entscheidet nichts mehr über Fortschritt oder Rückschritt von Nationen als die Konkurrenz und die Attraktivität von Bildungssystemen.

IV.

Die FDP ist die liberale Partei in Deutschland und der Anwalt der Mitte unserer Gesellschaft. Diese Mitte steht gegen Extreme, aber sie ist mehr als irgendetwas zwischen links und rechts. Sie ist eine Grundhaltung, zu der vor allem Leistungsbereitschaft, Fleiß, Aufstiegswille, Chancengerechtigkeit, Weltoffenheit und Toleranz gehören. Das Verantwortungsbewusstsein dieser Mitte ist ein Fundament unserer Gesellschaft. SPD und Grüne streben über die Kooperation mit den Linken in NRW auch die Koalition mit den Linken auf Bundesebene an. Ohne die FDP in der Regierung wird es künftig Regierungen mit den Linken geben. Mehr denn je wird eine starke FDP gebraucht, damit die Vertreter der bürokratischen Staatswirtschaft nicht das Sagen bekommen. Unsere Koalition ist das Gegenmodell zur Planwirtschaft.

Wir können unsere Vorstellungen und Ziele umsetzen, wenn wir alle gemeinsam unseren Anteil dazu beitragen. Unsere FDP ist heute strukturell und personell so stark wie seit 20 Jahren nicht mehr: Wir haben 71.437 Mitglieder. Im Bund, in den Ländern und den Kommunen hat die FDP mehr als 6.500 Mandatsträger. Wir sind an 8 Landesregierungen (mit NRW) mit 38 Landesministern und Staatssekretären beteiligt und haben Fraktionen in 15 Landesparlamenten mit 167 Landtagsabgeordneten. Wir haben mit 93 Abgeordneten die größte FDP-Bundestagsfraktion. Wir stellen 5

Bundesminister und 8 parlamentarische Staatssekretäre. Mit 12 Europaabgeordneten haben wir die größte FDP-Europavertretung, die wir je hatten. Die FDP wird von sehr vielen Schultern getragen. Gerade die Regierungsbeteiligung der FDP ist die Chance, dass der umfassende programmatische Anspruch der FDP inhaltlich und personell sichtbar wird.

Um diese gemeinsame Stärke zu nutzen, brauchen wir eine bessere Abstimmung. Mit einer klaren und schnellen Kommunikation und dem Willen, deutschlandweit gemeinsam verantwortungsbewusst zu handeln, hat die FDP alle Chancen, sich durchzusetzen. Dann werden wir auch wieder mehr Ansehen und Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern gewinnen.

Die FDP nimmt einen neuen Anlauf, aber wir bleiben bei unseren Themen und unserem Kurs: Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat. Die FDP ist bereit, neue Wege zu gehen, aber wir bleiben bei unseren Zielen. Die FDP will ein neues Grundsatzprogramm, aber der politische Liberalismus bleibt unsere Philosophie, Freiheit zur Verantwortung.

Die FDP steht vor neuen Anforderungen ihrer Organisation als Regierungspartei. Unser Generalsekretär Christian Lindner nimmt diese Herausforderungen an: Das Thomas-Dehler-Haus wurde personell gestärkt und strukturell erneuert. Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm beginnt. Die Kommunikation mit den Bürgern, unseren Mitgliedern und allen gesellschaftlichen Gruppen wird intensiviert.

Die FDP lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit ein. Eine breite Öffnung der Parteiarbeit ist Grundlage dafür, dass immer mehr Menschen Chancen für eine bessere politische Mitwirkung erhalten. Unsere Veranstaltungsformen, der Veranstaltungsablauf und das Informationsangebot müssen den Bedürfnissen und Wünschen unserer eigenen Mitglieder, vor allem aber des liberalen Potentials in Deutschland entsprechen.

Die Bundespartei wird zu den Schwerpunktthemen Kampagnen entwickeln, mit einem einheitlichen Auftreten und einem einheitlichen Materialangebot. Professionelle Serviceangebote an die Gliederungen der Partei, tragen dazu bei, dass die ehrenamtliche politische Arbeit unterstützt wird.

Die Vorfeldorganisationen der FDP sind unverzichtbare Mittler unserer Themen in die Gesellschaft. Ihre Arbeit wollen wir weiter stärken und den regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit ihnen pflegen. Um unsere Inhalte, aber auch die Erfolge in der Regierungsarbeit näher an die Menschen heranzutragen, werden wir den Kontakt zu den Multiplikatoren vertiefen.

Die Debatte zur Entstehung des neuen Grundsatzprogramms ist ein zentrales Element zur Selbstvergewisserung und Orientierung aller Liberalen. In einem breit organisierten Dialog gilt es, die zeitgeschichtliche Diagnose mit der Vision einer besseren, freiheitlicheren Gesellschaft von morgen zu verbinden. Der Kompass liberaler Prinzipien weist hierfür den Weg: Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, Teilhabe und Teilnahme, Wettbewerb und Kooperation, Fairness und Solidarität, Gleichheit vor dem Gesetz und die legitime Ungleichheit in einer pluralistischen Gesellschaft wirken in einem freiheitlichen Politikentwurf zusammen. In der

Programmdiskussion werden diese Prinzipien zeitgemäß neu bestimmt und strategische und programmatische Prioritäten festgelegt. Einzelne Bürgerinnen und Bürger und die breite Öffentlichkeit sollen in den Diskussionsprozess ebenso eingebunden werden wie Wissenschaftler, Intellektuelle, Meinungsmacher und Multiplikatoren aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Eine Programmpartei besteht aus ihrem Programm und dem Weg dorthin.

Der öffentliche Diskussionsprozess zum neuen Grundsatzprogramm wird mit einem Auftaktkongress Anfang Oktober 2010 beginnen. In zahlreichen Regionalkonferenzen soll es im Laufe des Jahres 2011 zu einem unmittelbaren Austausch der Programmkommission mit den Parteimitgliedern und interessierten Bürgern vor Ort kommen. Von den Orts- und Kreisverbänden eigenständig durchgeführte Deutschland-Salons laden zur Reflektion mittel- und langfristiger Perspektiven liberaler Politik ein.

In Foren sollen ausgewiesene Wissenschaftler, Intellektuelle und Meinungsmacher gemeinsam mit liberalen Mandatsträgern zentrale Fragen des liberalen Grundsatzprogramms diskutieren. Sie vertiefen die Diskussion in konzentrierten Klausursitzungen und durch öffentliche Kongresse. Zur Orientierung der Programmkommission erarbeiten sie Thesenpapiere, in denen sie Problemen, Perspektiven und Positionen der Freiheit beschreiben.

Die FDP knüpft an ihre Erfahrungen und Erfolge der Online-Beteiligung von interessierten Bürgern an der programmatischen Diskussion an. In einem virtuellen Deutschland-Salon bietet sie Gelegenheit zur strukturierten Diskussion und Erarbeitung von Empfehlungen zu Leitfragen der Programmdebatte.

Darüber hinaus findet in Berlin eine Veranstaltungsreihe „Zukunft der Freiheit“ statt. Der Generalsekretär wird in öffentlichen

Veranstaltungen und Gesprächen im kleinen Kreis im ganzen Land mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Zukunftsfragen liberaler Politik erörtern.

Am Ende dieses intensiven Prozesses soll auf dem Bundesparteitag 2012 das neue Grundsatzprogramm der FDP beschlossen werden.

Die FDP ist die liberale Partei in Deutschland. Sie hat zur erfolgreichen Geschichte unseres Landes einen großen Beitrag geleistet. Die FDP hat Erfolge immer gegen große Widerstände erkämpfen müssen. Wir sind die Kraft der Freiheit. Freiheit heißt Verantwortung.

Dr. Guido Westerwelle

Berlin, im Juni 2010